



An den Grossen Rat

20.5386.02

GD/P205386

Basel, 10. November 2020

Regierungsratsbeschluss vom 10. November 2020

Interpellation Nr. 120 von Oliver Bolliger betreffend „Massnahmen zum Schutz vor synthetischen Cannabinoiden“ – schriftlich Beantwortung

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 14. Oktober 2020)

„Seit diesem Jahr werden auch in der Schweiz auf dem Schwarzmarkt vermehrt Cannabisprodukte verkauft, welche synthetisch behandelt worden sind. Dies ist sehr gesundheitsgefährdend, da der Konsum von chemisch gestrecktem Cannabis starke Nebenwirkungen (wie beispielsweise Erbrechen, Ohnmacht, starke Halluzinationen) auslösen kann. Der Konsum von synthetischem Cannabis kann unter Umständen tödlich enden und in der Schweiz sind dieses Jahr bereits Jugendliche in Luzern und Zollikofen mit Verdacht auf Mischkonsum von Substanzen und synthetischem Cannabis gestorben. Vor ein paar Tagen gab es nun auch in Basel einen tragischen Todesfall eines 15-jährigen mit Verdacht auf Mischkonsum und verunreinigte Substanzen.

Die Gründe für den Anstieg von synthetischem Cannabis auf dem Schwarzmarkt sind vielfältig. Es besteht eine deutliche Überproduktion von CBD-Cannabis, welches auf dem ordentlichen Vertriebsweg mangels Nachfrage nicht abgesetzt werden kann. Mittels Besprühung mit synthetischen Cannabinoiden wird dieser CBD-Hanf nun auf dem Schwarzmarkt zum Verkauf gebracht, um Profit daraus zu schlagen. Dabei bestehen weder Jugendschutz, noch Qualitätskontrolle.

Seit Juli 2019 besteht das stationäre Drug Checking „DIBS“ als Pilotprojekt im Auftrag der Abteilung Sucht. Dieses hat jeden zweiten Montag geöffnet und rund 10 Personen können ihre mitgebrachten Substanzen auf die Inhaltsstoffe testen. Die Nachfrage nach den Substanzanalysen ist vorhanden, doch das DIBS ist zurzeit voll ausgelastet. Die Anfragen, um Cannabis testen zu lassen, sind zudem in allen Drugchecking-Angeboten der Schweiz angestiegen.

Die Regulierung in der Cannabisfrage ist aufgrund der zögerlichen und mutlosen Haltung des Bundesamts für Gesundheit (BAG) vor eineinhalb Jahren leider vollständig zum Erliegen gekommen. Nun kommt aber wieder Bewegung in die Angelegenheit. Neben dem Nationalrat hat nun im September auch der Ständerat grünes Licht für Studien zur Cannabis-Abgabe erteilt. Jetzt muss noch das Parlament entscheiden. Bis anhin konnte keine der projektierten Cannabis-Abgaben gestartet werden und auch in Basel liegt der Versuch auf Eis. Dies dauert aus Sicht der Fachgremien und Fachpersonen alles viel zu lange und gerade auch aufgrund der aktuellen gesundheitsgefährdeten Situation mit verunreinigtem Cannabis und dem Mischkonsum von Substanzen ist ein entschiedeneres Vorgehen dringend angezeigt.

Aus diesen Gründen bitte ich den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Sensibilisierungsmassnahmen im Bereich der synthetischen Cannabinoide sowie des Mischkonsums von Substanzen sind bei welchen Zielgruppen bis anhin umgesetzt worden?

2. Welche Sensibilisierungsmassnahmen im Bereich der synthetischen Cannabinoide sowie des Mischkonsums von Substanzen sind weiter geplant? Welche Zielgruppen werden dabei fokussiert?
3. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die Testmöglichkeiten des Pilotprojekts DIBS erhöht werden müssen? Wird ein Ausbau auf eine wöchentliche Öffnung bzw. weitere Massnahmen angestrebt?
4. Ist das Labor des Instituts für Rechtsmedizin aktuell in der Lage eine allfällige Erhöhung des Drug Checkings zu bewältigen? Welche Massnahmen müssten diesbezüglich getroffen werden?
5. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass die Regulierung des Cannabiskonsums vorangetrieben werden muss und mit welchen Massnahmen soll entsprechend Einfluss darauf genommen werden?
6. Welcher Fahrplan besteht für den Beginn der Cannabis-Abgabe im Kanton Basel-Stadt? Ab welchem Datum rechnet der Regierungsrat mit einem möglichen Start?

Oliver Bolliger“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. *Welche Sensibilisierungsmassnahmen im Bereich der synthetischen Cannabinoide sowie des Mischkonsums von Substanzen sind bei welchen Zielgruppen bis anhin umgesetzt worden?*

Jugendliche gelten als besonders vulnerable Gruppe für den Konsum von psychoaktiven Substanzen. Diese Zielgruppe wird durch das Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt im Rahmen von verschiedenen Präventionsangeboten über die Fakten und Folgen des Substanzkonsums informiert und für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Suchtmitteln sensibilisiert. Die Abteilung Prävention des Gesundheitsdepartements bietet in Zusammenarbeit mit der Suchthilfe Region Basel (SRB) und der Fachstelle Schulsozialarbeit Basel-Stadt den Suchtpräventionsworkshop Start?Klar! in Schulen an. Start?Klar! beinhaltet einen Block zum Thema Cannabis. Auf Webseiten und mit Informationsmaterialien wie dem Jugendmagazin Flash¹ wird die Zielgruppe der Jugendlichen zusätzlich informiert.

Der gleichzeitige Konsum von verschiedenen Substanzen (Mischkonsum) und der missbräuchliche Konsum von Psychopharmaka wie bspw. Benzodiazepine, Opioide und Opiate (wie Xanax, Tilidin oder Codein) sowie der oftmals nicht wissentliche Konsum von synthetischen Cannabinoiden unter Jugendlichen ist aufgrund der unkalkulierbaren gesundheitlichen Risiken besonders gefährlich. Da es sich vom Ausmass her (was und wie gemischt wird) um ein eher neueres Phänomen handelt, gibt es bisher kaum Studien dazu. Eine nationale Studie des Schweizer Instituts für Sucht- und Gesundheitsforschung (ISGF) ist aktuell in Vorbereitung.

Im Mai 2020 hat das Gesundheitsdepartement (Abteilung Sucht, Institut für Rechtsmedizin [IRM]) in Zusammenarbeit mit dem SRB ein Faktenblatt² erstellt, welches auf die Problematik und die Risiken von synthetischen Cannabinoiden hinweist und über diverser Kanäle (social media, Fachgruppen etc.) verbreitet wurde.

Für Eltern wird jedes Jahr ein Informationsabend zum Thema Suchtmittel angeboten. Dabei geht es insbesondere um den Umgang mit konsumierenden Jugendlichen und um die Einschätzung ihrer Suchtgefährdung. Eine Übersicht der Suchtpräventionsangebote für Jugendliche in Basel-Stadt ist auf der Webseite der Medizinischen Dienste³ zu finden.

¹ <https://www.bs.ch/publikationen/gesundheit/flash.html>

² https://www.sucht.bs.ch/dam/jcr:eae1f8c4-7947-4171-bd53-080cfe5fdf62/Abt_Sucht_Syn_Cannabinoid.pdf

³ <https://www.gesundheit.bs.ch/gesundheitsfoerderung/suchtpraevention/jugendliche.html>

2. *Welche Sensibilisierungsmassnahmen im Bereich der synthetischen Cannabinoide sowie des Mischkonsums von Substanzen sind weiter geplant? Welche Zielgruppen werden dabei fokussiert?*

Die Abteilung Prävention des Gesundheitsdepartements des Kantons Basel-Stadt prüft den Bedarf nach einer Weiterbildung für Fachpersonen im Schul- und Jugendbereich zum Thema Mischkonsum sowie zu synthetischen Cannabinoiden und die Erstellung eines Beitrags im Basler Schulblatt. Zudem sollen die Sensibilisierung über online-Kanäle verstärkt werden (facebook, Instagram, Websites) und bestehende Tools wie der Combi-Checker⁴ bekannter gemacht werden.

Ein Faktenblatt zum Thema Mischkonsum bei Jugendlichen wird vom Gesundheitsdepartement (Abteilung Sucht, Abteilung Prävention, IRM) in Zusammenarbeit mit der SRB erarbeitet und voraussichtlich im November dieses Jahres verteilt werden.

Die Abteilung Sucht und die Abteilung Prävention des Gesundheitsdepartements stehen mit dem IRM, der SRB, anderen Stakeholdern sowie Fachgruppen im stetigen Austausch. Polizei und Staatsanwaltschaften sowie Studierende werden durch das IRM bei Schulungen/Fortbildungen sowie Vorlesungen über die Thematik der neuen psychoaktiven Substanzen allgemein und spezifisch über aktuelle Trends informiert.

3. *Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die Testmöglichkeiten des Pilotprojekts DIBS erhöht werden müssen? Wird ein Ausbau auf eine wöchentliche Öffnung bzw. weitere Massnahmen angestrebt?*

Für die Dauer des Pilotprojekts, welches im Juli 2019 begonnen hat und längstens drei Jahre dauert, wurde die Anzahl der Besuchenden auf zehn pro Öffnung beschränkt, pro Person kann eine Probe zur Analyse abgegeben werden. Das Drug Checking-Angebot steht jeden zweiten Montag von 18.00 bis 20.00 Uhr in den Räumlichkeiten der SRB offen.

Im ersten Jahr wurde das DIBS von durchschnittlich acht Besuchenden pro Öffnung genutzt. Am häufigsten wurden Kokain-Proben abgegeben, gefolgt von Amphetaminen und MDMA⁵-Pillen. Die geringe Anzahl an Cannabis-Proben lässt sich damit erklären, dass Cannabis beim Drug Checking nur entgegengenommen wird, wenn Verdacht auf Beimischung synthetischer Cannabinoide besteht, und nicht zur Bestimmung des THC/CBD Gehaltes. Insgesamt wurden zwölf Falschdeklarationen dokumentiert, was bedeutet, dass die Deklaration der verkauften Substanz mit dem Analyseergebnis nicht übereinstimmt. Am häufigsten erfolgten Abweichungen aufgrund dessen, dass als rein pflanzlich verkaufte Cannabisproben hochpotente synthetische Cannabinoide enthielten.

Auf synthetische Cannabinoide ausgelegte Schnelltests sind nicht geeignet, verlässlich synthetische Cannabinoide erkennen zu können, da immer mehr neue Substanzen auf den Markt kommen und bekannte Substanzen auf dem Drogenmarkt schnell durch neue ersetzt werden.

Seit September 2020 ist eine Zunahme der Inanspruchnahme des Drug Checking-Angebots im DIBS zu beobachten und es mussten pro Öffnung jeweils mehrere Besuchende abgewiesen werden. Ob es sich bei den nicht entgegengenommenen Substanzproben um synthetische Cannabinoide oder aber andere Substanzen handelt, wird seit Oktober 2020 erfragt. Die fortlaufende Auswertung wird entscheidend sein, ob ein Ausbau der Öffnung bzw. weitere Massnahmen geplant werden.

⁴ <https://subsdance.ch/combichecker/>

⁵ Methylenldioxymethylamphetamin

Die durch das DIBS-Angebot generierten Substanzwarnungen sowie aufgrund der Marktentwicklung ergriffene Massnahmen (z.B. Factsheet zu synthetischen Cannabinoiden) leisten einen wichtigen schadensmindernden Beitrag für die Gruppe der Freizeitdrogenkonsumierenden. Eine Erweiterung der Testmöglichkeiten wird für wertvoll erachtet, zumal dadurch verstärkt auch Erkenntnisse zum Drogenmarkt gewonnen werden können.

4. *Ist das Labor des Instituts für Rechtsmedizin aktuell in der Lage eine allfällige Erhöhung des Drug Checkings zu bewältigen? Welche Massnahmen müssten diesbezüglich getroffen werden?*

Von Seiten des IRM wären bei einer Ausweitung der Testmöglichkeiten Anpassungen der personellen Ressourcen erforderlich, um Ergebnisse weiterhin fristgerecht den Ermittlungsbehörden liefern zu können. Ferner sind Analysenmethoden ständig zu erweitern. Entsprechendes Referenzmaterial ist sehr teuer, deren Beschaffung ist jedoch zur Sicherstellung einer validen Analytik unerlässlich.

5. *Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass die Regulierung des Cannabiskonsums vorangetrieben werden muss und mit welchen Massnahmen soll entsprechend Einfluss darauf genommen werden?*

Die aktuelle Situation in der Schweiz rund um Cannabis ist unbefriedigend. Trotz langjährigem Verbot ist Cannabis noch immer die meist konsumierte illegale Substanz, der Schwarzmarkt bleibt bestehen, die Cannabisqualität ist nicht kontrollierbar und die Konsumentinnen und Konsumenten sind nicht geschützt.

Aus diesem Grund unterstützt der Regierungsrat die Änderung des Betäubungsmittelgesetzes, welche wissenschaftliche Studien im Umgang mit Cannabis erlauben wird. Wissenschaftliche Erkenntnisse zu unterschiedlichen Cannabisregulierungsformen in der Schweiz ermöglichen eine politisch-sachliche Diskussion. Der Regierungsrat erachtet diese Studien als einen wertvollen Grundstein, um zuerst neue Wege eruieren zu können, wie ein sinnvoller Umgang mit Cannabis in der Schweiz aussehen könnte, bevor konkrete Regulierungsschritte in Betracht gezogen werden.

6. *Welcher Fahrplan besteht für den Beginn der Cannabis-Abgabe im Kanton Basel-Stadt? Ab welchem Datum rechnet der Regierungsrat mit einem möglichen Start?*

Aktuell wird das bestehende Basler Studienprotokoll von den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel sowie der Abteilung Sucht des Gesundheitsdepartements Basel-Stadt überarbeitet. Darüber hinaus wird evaluiert, inwiefern eine Zusammenarbeit mit den anderen interessierten Städten und Kantonen aussehen könnte. Sofern bis Ende 2020 kein Referendum gegen die Revision des Betäubungsmittelgesetzes ergriffen wird, wird anfangs 2021 die Finanzierung des Projektes in Basel-Stadt geprüft. Unter der Voraussetzung, dass die Finanzierung gesichert werden kann, könnte die Studie zur regulierten Cannabisabgabe in Basel-Stadt im Jahr 2022 starten.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin